**Zweite Durchführungsbestimmung*
zum Gesetz zur Regelung des Jagdwesens.**

Vom 21. Mai 1954

Auf Grund des § 33 des Gesetzes vom 25. November 1953 zur Regelung des Jagdwesens (GBl. S. 1175) wird im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse folgendes bestimmt:

L

Einteilung der Jagdgebiete

§ 1

(1) Die Jagdbehörde des Kreises hat in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Kreisforstamt und dem Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb bis zum 15. Juni 1954 der Jagdbehörde des Bezirkes Vorschläge über die Jagdgebieteinteilung einzureichen.

(2) Die Jagdbehörde des Bezirkes überprüft in Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe diese Vorschläge. Die Bestätigung der Jagdgebieteinteilung hat bis zum 25. Juni 1954 durch die Jagdbehörde des Bezirkes zu erfolgen.

(3) Die oberste Jagdbehörde kann mit Zustimmung des Ministers des Innern bestimmte Jagdgebiete zu Sonderjagdgebieten erklären. Die Erklärung eines Jagdgebietes zum Sonderjagdgebiet hat zur Folge, daß alle Entscheidungen über die Einsetzung von Jagdgebietsverantwortlichen und die Erteilung der Jagderlaubnis in diesen Sonderjagdgebieten von der Zustimmung der obersten Jagdbehörde abhängig sind. Die oberste Jagdbehörde kann für diese Sonderjagdgebiete auch besondere Anweisungen über die Durchführung der Jagd, über die Festsetzung des volkswirtschaftlich vertretbaren Wildbestandes und über die Abschlußpläne erlassen.

Für die Jagdgebieteinteilung gelten folgende Grundsätze:

a) Die Jagdgebietsgrenzen dürfen die Kreisgrenzen möglichst nicht überschreiten.

Ist ein Überschreiten der Kreisgrenzen unumgänglich, so ist die Jagdbehörde des Kreises für das Jagdgebiet zuständig, in deren Bereich der größere Teil des Jagdgebietes liegt. Grenzüberschreitungen sind mit der Jagdbehörde des benachbarten Kreises zu vereinbaren.

b) Die Jagdgebiete sind weitestgehend abzurunden. Die Jagdgebietsgrenzen sind nicht an Eigentums- und Besitzgrenzen gebunden.

c) Als Grenzlinien sind nach Möglichkeit natürliche oder künstliche Wasserläufe, Gebirgskämme, Straßen, Eisenbahnkörper usw. zu verwenden. Bei der Festlegung der Jagdgebietsgrenzen soll jedoch darauf geachtet werden, daß geschlossene Wildstandsgebiete möglichst nicht auseinandergerissen werden.

d) Bei der Bildung von Jagdgebieten mit überwiegend Waldflächen, sind in der Regel die Grenzen der Wirtschaftseinheiten der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe (Revierförsterbezirke) zu berücksichtigen. Landwirtschaftliche Nutzflächen, die unmittelbar an Forstreviere grenzen, sind mit dem Waldgebiet zu einem Jagdgebiet zu vereinigen.

e) Bei Revieren mit übermäßiger Streulage finden die Reviergrenzen keine Berücksichtigung.

Die Revierteile werden in das jeweilige Jagdgebiet eingegliedert.

f) Flächen, für die allgemeine Zutrittsbeschränkungen bestehen, scheiden bei der Jagdgebieteinteilung grundsätzlich aus. Flächen, für die Zutrittsbeschränkungen nur zeitweilig gelten, dürfen nur mit Einverständnis der für die Anordnung und Aufhebung der Zutrittsbeschränkung zuständigen Organe in Jagdgebiete eingegliedert und unter den mit diesen Organen vereinbarten Bedingungen bewirtschaftet werden.

g) Jagdgebiete mit mehr als 50 % Waldanteil sollen eine Größe von 2000 ha nicht überschreiten.

§ 2

(1) Natur-, Wald- und Tierschutzgebiete werden vorläufig nicht in die Jagdgebiete einbezogen.

(2) Besondere Anordnungen über die Ausübung der Jagd in den genannten Gebieten erläßt die oberste Jagdbehörde im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzverwaltung.

(3) Bis zum Erlaß dieser Anordnungen kann die Jagdbehörde des Bezirkes in Übereinstimmung mit der Naturschutzverwaltung des Bezirkes die Durchführung von Jagden in solchen Gebieten genehmigen.

§ 3

Änderungen der Jagdgebieteinteilung sind bei der Jagdbehörde des Bezirkes zu beantragen.

§ 4

(1) Die Jagdgebietsverantwortlichen sind durch die Jagdbehörde des Bezirkes nach Anhören des Jagdbeirates bis zum 30. Juni 1954 zu bestimmen.

(2) In Jagdgebieten, deren Bewirtschaftung einem Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb obliegt, sind in der Regel Angehörige des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes (Arbeiter und Angestellte) als Jagdgebietsverantwortliche einzusetzen.

(3) Jagdberechtigte mit besonderer Jagderlaubnis können auf Antrag für das (laut Jagdberechtigungschein) zugesprochene Jagdgebiet als Jagdgebietsverantwortliche eingesetzt werden.

(4) Für Sonderjagdgebiete wird der Jagdgebietsverantwortliche von der obersten Jagdbehörde bestimmt.

II.

Abschlußregelung

§ 5

(1) Bei der Regelung des Abschusses müssen die berechtigten Belange der Land- und Forstwirtschaft hinsichtlich des Schutzes vor Wildschäden gewährleistet sein. Andererseits muß innerhalb der hierdurch gebotenen Grenzen ein in seinen einzelnen Stücken gesunder Bestand aller heimischen Wildarten in angemessener Zahl erhalten bleiben.

(2) Der Abschluß hat weidgerecht unter Berücksichtigung der jagdgesetzlichen und jagdgebrauchlichen Bestimmungen zu erfolgen.

(3) Der Abschluß von Rot-, Dam-, Muffel-, Reh- und Schwarzwild, Hasen und Wildkaninchen sowie Auer- und Birkwild, Rebhühnern, Fasanen, Wildenten und

* 1. Durchfb. (GBl. S. 431)